

# Rein-Zeitung

Rheider Volkszeitung  
Generalanzeiger für Bocholt  
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlag: Bocholt.  
Vertrieb: Dortmund.

**Volksblatt**  
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstilles Kreisblatt für den Landkreis Borken.  
Hauptverlag: Bocholt, Reichstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post eingeschickt 42 Pfg. Beihaltgeld 2.50 Mk. — Rein-Zeitung: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stengelgröße 6 Pfg., Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 306

Dienstag, den 6. November 1934

Jahrgang 1934

## Doumergues Kampf.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

R. H. Paris, 4. November.

Während ein seiner Sprühen auf das große Kopfsteinpflaster des großen Pariser Schlossplatzes rief und in den Alleen jenes einzigartigen Parks die letzten gelben und roten Blätter auf die steinernen Statuen der Nymphen fallen, bereitet sich die verschleierte und verträumte Garnisonstadt, deren Name in der Geschichte Europas eine so verhängnisvolle Rolle spielt, auf die Nationalversammlung vor. Geschäftiges Gähnen und Klopfen ertönt in den historischen Sälen und Räumen, in denen die Volksvertreter über die Doumerguesche Verfassungsreform beraten werden. Aus der fieberhaften Tätigkeit der Arbeiter, Schreiner und Installateure, die mit der Reinigung der Säle, der Instandsetzung des gesamten Mobiliars und der Anlage von Telefonleitungen beschäftigt sind, kann man schließen, daß Versailles schon Mitte dieses Monats bereit ist, in den Prunkräumen des Schlosses die Abgeordneten und Senatoren des Parlaments zu empfangen.

Wie steht es nun in Wirklichkeit um die Verfassungsreform? Ministerpräsident Doumergue ließ in seiner letzten Rundfunkrede, die in ihrer beschwörenden Art von der Rechten mit dem Appell Clemenceaus im Jahre 1917 verglichen wird, bei der Öffentlichkeit keinen Zweifel mehr darüber, daß es ihm mit der baldigen Reise nach Versailles wirklich ernst gemeint ist. Ob es dem Ministerpräsidenten gelingen wird, in der Nationalversammlung eine Mehrheit für alle Punkte seiner Verfassungsänderung zu erhalten, ist bei der abwartenden Haltung der Radikalsocialen und dem im Senat herrschenden Widerstand heute noch fraglich. Das Ergebnis der dramatischen Kabinettskrisen am Wochenende ist für den Ministerpräsidenten nicht gerade ermutigend gewesen. Die Schwierigkeiten äußerten sich bekanntlich in dem Widerstand der radikalen Minister, die sich über den Rahmen der auf dem Kongreß von Nantes gefassten Parteierklärungen zu keinen Zugeständnissen bereit erklärten. Wenn schließlich am Ende doch noch jene in Frankreich nun einmal so beliebte Kompromißformel zustande kam, so ist doch wiederum zu bedenken, daß sich die radikalsocialen Kabinettsmitglieder, was die Verringerung der einzelnen Punkte der Reform angeht, volle Handlungsfreiheit vorbehalten haben.

Der Ministerpräsident ist mit Stimmenmehrheit im letzten Kabinettsrat ermächtigt worden, der Mitte dieser Woche zusammenzutretenden Kammer, einen Antrag auf die Einberufung der Nationalversammlung zur Verringerung der Verfassung von 1875 vorzulegen. Ferner fordert Doumergue von der Kammer die beschleunigte Bewilligung der drei provisorischen Budgetwüstel, damit, wie er in seiner Rede noch besonders betonte, das Funktionieren des staatlichen Steuerapparates, infolge der sich wahrscheinlich mehrere Wochen hinziehenden Debatte über die Staatsreform, nicht in Frage gestellt sei und die Regierung im Falle einer Kammerauflösung die nötigen Kredite zur Abwicklung der durch die Verfassung festgelegten weiteren Maßnahmen (z. B. Neuwahlen) zur Verfügung habe.

In parlamentarischen Kreisen ist gerade dieser Teil der Rede mit kühler Zurückhaltung aufgenommen worden. Man ist dort vielfach der Ansicht, daß die Forderung Doumergues zur beschleunigten Einberufung der drei provisorischen Budgetwüstel nicht unbedingt notwendig sei, da der Finanzanspruch der Kammer gerade jetzt seine Arbeiten über den Gesamtanhang von 1935 beendigt habe. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß viele Abgeordnete, die im Innern ihres Herzens Gegner der Staatsreform sind, die Hausaufgabenbetrachtung zum willkommenen Anlaß nehmen, eine Hinausschiebung der Nationalversammlung zu erreichen. Herr Doumergue kennt seine parlamentarische Lage. Deshalb versucht er von vornherein die Gefahr der Vertagung der Reise nach Versailles zu vermeiden.

Zu der Bewilligung oder Ablehnung des provisorischen Dreiwüstel-Budgets wird sich zeigen, ob die Kammer im Grunde für oder gegen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung ist. Zweifellos wird der Ministerpräsident vor der Kammer die Vertrauensfrage stellen. Bei dieser Gelegenheit werden die radikalsocialen Abgeordneten, deren Minister bis heute vorsichtig die Lösung der wirklichen Probleme auf die lange Bank geschoben haben, offen Farbe bekennen. Bei der Abstimmung am Mittwoch oder Donnerstag wird erkennbar werden, ob es der Mehrheit der Deputierten mit der Verfassungsreform wirklich ernst gemeint ist. Die Haltung der Kammer Mitte dieser Woche wird für das weitere Bestehen der Regierung Doumergue von entscheidender Bedeutung sein. Bei einem negativen Ergebnis, also im Falle eines Misstrauensvotums, ist Doumergue gezwungen, entweder mit dem Einverständnis des Staatsoberhauptes und des Senats die Kammer aufzulösen oder seine eigene Demission anzubieten.

Mitte dieser Woche wird somit die erste Schlacht geschlagen. Ob Doumergue als Sieger hervorgeht, wird, steht noch nicht fest. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich die Kammer nach langem Strauben fügen

wird, denn die Abgeordneten werden sich scheuen, eine zweite Februarrevolte heraufzubeschwören. Mit dem Druckmittel seiner eigenen Demission und den damit verbundenen innerpolitischen Unruhen dürfte es Doumergue diesmal leicht fallen, die Kammer in Schach zu halten. Aber wie lange wird dieser Hinweis auf die Folgen seines Rücktritts bei den Abgeordneten noch verfangen?

Die Schwierigkeiten und Hindernisse, die Doumergue bis zur endgültigen Verwirklichung der Staatsreform nicht nur im Parlament, sondern auch im eigenen Kabinett zu überwinden hat, zeigen deutlich, auf was für unsicheren Füßen die Regierung der nationalen Union steht. Unter den heutigen Umständen erscheint ein Sturz der Regierung durchaus nicht mehr so ausgeschlossen, wie man vor einigen Monaten im Doumergue noch annehmen konnte.

## Eine Erklärung Simons zur Saarfrage im Unterhaus.

Die Verwendung britischer Truppen nie in Frage gekommen.

### Vertragsmäßige Abstimmung am 13. Januar.

London, 5. November.

Der Staatssekretär des Inneren Sir John Simon wurde am Montag im Unterhaus von dem liberalen Parlamentsmitglied Rabane gefragt, ob irgendwelche entgeltlichen Vereinbarungen über die Art getroffen worden seien, wie die Abstimmung im Saargebiet abgehalten werden sollte.

Sir John Simon erwiderte: Die Saarabstimmungskommission hat ihre Tätigkeit am 1. Juli dieses Jahres aufgenommen und ist vom Völkerbundsrat mit Vollmachten für die Organisation, Leitung und Überwachung der Abstimmung im Saargebiet betraut worden. Die Vorkehrungen für die Abhaltung der Abstimmung werden von dieser Körperschaft getroffen. Verschiedene Fragen, die sich aus der Abstimmung er-

geben, werden auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbunds am 21. November erörtert werden.

Auf die weitere Frage Rabanes,

ob ein Grund zu irgendwelchen Befürchtungen besteht, daß interessierte Mächte versuchen würden, in die Abstimmung einzugreifen, antwortete Simon: Ich verweise darauf, daß dies nicht der Fall ist;

aber ich habe eine Anfrage Lansburns in dieser Angelegenheit zu beantworten, die ich am Schluß der Fragezeit beantworten werde.

Auf die Frage des Führers der Arbeiteropposition Lansburn, ob Simon eine Erklärung über die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet abgeben könne, erwiderte Sir John Simon: Ja.

Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet liegt bei der Regierungskommission des Saargebietes, die sich dieser Aufgabe weiter erfolgreich unterzieht.

Eine Lage, in der sich die Regierungskommission des Saargebietes unfähig sieht, die Ordnung aufrechtzuerhalten, dürfte nicht eintreten und wird, so hoffe ich, zu vermeiden sein.

Schon im Jahre 1926 teilte die Regierungskommission des Saargebietes dem Völkerbundsrat mit, daß sie berechtigt sei, im Falle absoluter Notwendigkeit, auf Truppen außerhalb des Gebietes, aber in der Nachbarschaft der Gebietsgrenzen, zurückzugreifen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Völkerbundsrat hat diesen Bericht der Kommission am 8. März 1926 zur Kenntnis genommen. Das Unterhaus kann hieraus erkennen, daß die Verwendung britischer Truppen niemals in Frage gekommen ist, und nichts dergleichen ist unter Umständen in Aussicht genommen. Gewisse französische Vorkehrungen in dem Teile Frankreichs, der an das Saargebiet im Westen grenzt, sind reine Vorsichtsmaßnahmen. Wie ich bereits erklärt habe,

kann die Hinzuziehung von Truppen außerhalb des Saargebietes zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht in Frage kommen, es sei denn, die Regierungskommission des Saargebietes sollte nicht in der Lage sein, die Aufgabe zu erfüllen, die ihr gestellt ist, und sich gezwungen, um Beistand zu ersuchen.

Der deutsche Botschafter hat heute vormittag mich auf meine Bitte hin aufgesucht. Er hat mir die in der Presse vom Sonnabend veröffentlichten Nachrichten bestätigt, wonach die deutschen Regierungsbehörden in einem Befehl an die SS- und SA-Formationen auf der deutschen Seite der Saargrenze für ein Gebiet, das einen Gürtel von 25 Meilen Breite bildet, das Tragen von Uniformen, die Abhaltung von Aufmärschen und Kundgebungen sowie Ansammlungen jeder Art für die Zeit der Abstimmung verboten haben. Gleichzeitig haben sie feierlich versichert, daß die Gefahr eines Eindringens in das Saargebiet nicht bestehe.

Ich habe sowohl Herrn von Hoelz als auch dem französischen Botschafter die Befriedigung der britischen Regierung über diese Mitteilung zum Ausdruck gebracht. Vom französischen Botschafter habe ich die Zusicherung erhalten, daß die französischen Vorkehrungen reine Vorsichtsmaßnahmen darstellen, wie dies bereits angedeutet worden ist.

Unter diesen Umständen dürfen wir erwarten, daß die Abstimmung, die der Völkerbundsrat abzuhalten verpflichtet ist, bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten am 13. Januar ordnungsgemäß durchgeführt werden wird.

## Sylvester Matuschka spielt den Geisteskranken.

„Der Satan in Gestalt des Leo!“

DNB Budapest, 5. November.

Vor dem Straßentat des Budapest Landgerichts begann heute unter starkem Andrang der Zuhörer unter dem Vorsitz des Senators Marton die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Eisenbahnattentäter Sylvester Matuschka, der in der Nacht zum 14. September 1931 durch Sprengung des Eisenbahnübergangs bei Via-Torbagh den Balkan-Express zur Entgleisung brachte. Viele ausländische Berichterstatter sind eigens zu den Verhandlungen eingetroffen.

Als Matuschka hereingeführt wurde, versuchte er offenbar den Eindruck eines Irren zu erwecken. Er zeigte einmal ein aufgeregtes, dann wieder ein schweiges, gedrücktes Wesen. Die Verteidigung wird, wie man bereits weiß, den Nachweis zu erbringen suchen, daß Matuschka geistig anormal ist.

Der Generalstaatsanwalt verlas die umfangreiche Anklageschrift, in der Matuschka für die Eisenbahnattentate von Via-Torbagh, Sütebagg und Unsbauch verantwortlich gemacht wird. Die Anklageschrift schildert, daß

Matuschka nach eigenem Geständnis die Sprengung der Eisenbahnlinie Paris-Marseille und Paris-Bentimiglia vorbereitet hatte.

Eingehend schildert die Anklageschrift die krankhafte Veranlagung des Angeklagten, erwähnt seine zahlreichen wahllosen Frauenbekanntschaften in Wien und Budapest und berichtet, daß er in Berlin bereits am 6. August in einem Elektroschlag sich die notwendigen Materialien für den Anschlag besorgte und gleichzeitig mit den beiden Verkäuferinnen Zukunftspläne verabredet habe. Nach der Anklageschrift hat Matuschka jetzt an-

gegeben, daß der „Geist Leo“, der ihn zum Anschlag getrieben habe, in der Person eines gewissen Leo Bergmann zu finden sei, mit dem er 1927 eine religiöse Sekte mit kommunistischem Einschlag gegründet habe. Matuschka war 1931 in Berlin von neuem mit Leo Bergmann zur Errichtung einer Berliner Filiale dieser Sekte zusammengetreten. Zum Schluß der Anklageschrift wird

gegen Matuschka die Anklage wegen 22 mit Vorbedacht durgeführter Morde und 14 Mordversuche erhoben.

Das Verhör des Eisenbahnattentäters Sylvester Matuschka nahm einen außerordentlich bewegten, oft für mich Verlauf und führte zu ununterbrochenen Zusammenstößen zwischen dem Vorhabenden und dem Angeklagten. Matuschka sucht allzu offensichtlich den Eindruck geistiger Anzeichenungsunfähigkeit hervorzuheben und gab fortgesetzt wirre, planlose und völlig phantastische Antworten. Das Verhör richtet sich hauptsächlich auf die Feststellung des von Matuschka immer wieder erwähnten „Geist Leo“, der ihn zu dem Anschlag getrieben habe.

Als Matuschka im weiteren Verhör immer wieder auf den Geist Leo zu sprechen kam und behauptete, der Satan sei ihm in Gestalt des Leo begegnet, wies ihn der Präsident scharf zurück.

Hierauf protestierte Matuschka heftig, schlug ununterbrochen auf den Tisch und rief: „Wenn es einen Gott gibt, so gibt es auch einen Satan.“ Der Präsident erwiderte, der Gerichtshof werde sich durch solche Ammenmärchen nicht beeinflussen lassen.

Im weiteren Verhör erklärte Matuschka sich als schuldig und betonte seine Reue über den Anschlag. Im Verlaufe der Verhandlung ließ der Präsident Matuschka mehrfach wegen seiner heftigen Ausfälle in Fesseln legen.

## Halbmast am 9. November.

DNB München, 5. November.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß:

Am 9. November 1934, dem Reichstrauertag der NSDAP, gedenkt die Bewegung ihrer Toten. Aus diesem Grunde sehen alle Dienststellen der Partei ihre Flaggen auf Halbmast. Die Parteigenossenschaft und Bevölkerung werden aufgefordert, die Betrauung in gleicher Weise vorzunehmen.

## Pick aus der Führung der Gewerkschaftsfront ausgeschlossen.

Saarbrücken, 5. November.

Die Deutsche Gewerkschaftsfront Saar faßte in einer Konferenz, die sich mit dem Fall des früheren Leiters des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Saar, Otto Pick, befaßte, eine Resolution, worin es heißt, daß die Konferenz der Leiter aller Berufsverbände der Deutschen Gewerkschaftsfront nach eingehender

Beratung zu dem Ergebnis gekommen sei, daß Herr Pick schon längere Zeit kein Gewicht mehr auf sachliche und erprobliche Zusammenarbeit innerhalb der Deutschen Gewerkschaftsfront gelegt habe. Die Konferenz stellt fest, daß Pick sich als bisheriger Leiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes nicht an die Richtlinien hielt, die er seinerzeit selbst für die Tätigkeit der Verbände innerhalb der Deutschen Gewerkschaftsfront mitbestimmen half. Aus diesen Gründen beschloß die zuständige Vertreterkonferenz der Deutschen Gewerkschaftsfront in voller Einmütigkeit, Otto Pick aus der Führung der Deutschen Gewerkschaftsfront auszuscheiden.

## Zusammentritt des Präsidiums der Abrüstungskonferenz.

DNB Genf, 5. November.

Wie im Völkerbundssekretariat schon bekannt wird, hat der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, nach Rücksprache mit den hauptsächlich interessierten Regierungen nunmehr beschlossen, die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz auf den 20. oder 21. November, also gleichzeitig mit der Sondertagung des Völkerbundsrates anzusetzen.

Zu den Ausführungen des englischen Staatssekretärs bemerkt das Deutsche Nachrichten-Büro: Es wäre bedauerlich, wenn aus den Worten Sir John Simons herauszulesen wäre, als habe es erst der Mahnung des Reichskommissars für das Saargebiet, Bärkel, bedurft, um die Gefahr von deutscher Seite her drohenden Unruhen zu beseitigen. Es muß mit allem Nachdruck daran erinnert werden, daß eine derartige Gefahr nicht bestanden hat, daß weder die Innenhaltung strenger Zucht innerhalb und außerhalb des Saargebietes von maßgebenden Stellen angeordnet und befolgt worden ist. Wenn jetzt noch ergänzend, ins einzelne gehende Anordnungen erlassen worden sind, so geschah das, um angesichts der von französischer Seite getroffenen militärischen Maßnahmen, die geeignet waren, die Saarbevölkerung in tiefgehende Beunruhigung und Erregung zu versetzen, nichts zu versäumen. Auf der anderen Seite geht aber gerade aus den Worten Simons, bei angemessener Zurückhaltung auf allen Seiten, hervor, daß auch für die übrigen Stellen manches zu tun noch übrig bleibt.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung des Saargebietes, die Sir John Simon zu Beginn seiner Rede als einen Erfolg der Regierungskommission hinstellte, ist in erster Linie ein Verdienst der deutschen Bevölkerung selbst, die alle Provokationen zum Trost mühselgültige Disziplin bewahrt hat.

Solche Provokationen, die von den ihr Unrecht missbrauchenden Emigranten hervorgerufen werden, abzuhelfen, ist Sache der Regierungskommission und derjenigen französischen Stellen, die sie immer wieder ermuntern. Man wird also logischer Weise erwarten dürfen, daß der englische Staatssekretär nach den weitgehenden Vorlesungen auf deutscher Seite nunmehr seinen Einfluß dahin gebraucht, daß aus

3 durch die So







[illegible]